

Montag, 8. März 2010

Frauenarmut wirksam bekämpfen

Frauen sind besonders von Armut betroffen. Dazu trägt nicht nur der große Lohnunterschied bei vergleichbarer Arbeit zwischen Männern und Frauen bei, der in Deutschland bei ca. 22% weit über dem EU-Durchschnitt von 17% liegt und in Baden-Württemberg sogar bei beschämenden 28,5 %. Hinzu kommt, dass Frauen in den unteren Lohngruppen und traditionell schlecht bezahlten typischen Frauendomänen wie dem Gesundheits-, Sozial- und Erziehungswesen stark vertreten sind. Auch und besonders Frauen, die den Großteil der Haus- und Erziehungsarbeit erledigen und deshalb beruflich zurückstecken, haben eine hohe Armutsgefährdung, insbesondere, wenn die Partnerschaft in die Brüche geht.

Auch in der Pflege sollen Frauen nach Willen von Bundesfamilienministerin Schröder (CDU) weiterhin die Hauptlast tragen, auch finanziell, indem sie vier Jahre auf ein Viertel ihres meist ohnehin geringen Lohns und damit selbstverständlich auch auf Einzahlungen in die Rentenversicherung verzichten. Wenn Frau Schröder dann auch noch triumphiert, dass dies „den Steuerzahler“ lediglich entgangene Einkommensteuer koste und sie zudem betont, „Der Pflegeversicherung dagegen käme die Familien-Pflegezeit langfristig zugute, denn Pflege zu Hause kostet weniger als im Heim“, zeigt das, wohin auch in Zukunft die Reise gehen soll: die Entlastung der Sozialsysteme auf Kosten der Frauen.

„Wir sehen sehr wohl das Problem des demographischen Wandels,“ betont die Pressesprecherin des Kreisverbandes von Bündnis 90/die Grünen Karlsruhe, Sabine Just-Höpfinger, „aber es müssen Lösungen gefunden werden, die nicht wieder alle Last den Frauen aufbürdet und die Gefahr ihrer Altersarmut weiter verschärft.“

Frauenarmut muss wirksam bekämpft werden. Darauf machen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Internationalen Frauentag am 8. März auch in Karlsruhe aufmerksam. Sie werden am Montag ab ca. 16:00 gemeinsam mit anderen Frauenorganisationen auf dem Marktplatz präsent sein und ein deutliches Zeichen für Frauensolidarität setzen.

Die frauenpolitische Sprecherin der Gemeinderatsfraktion, Anne Segor, erklärt dazu:

„Wir brauchen endlich eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen, unabhängig vom Familienstand oder auch Partnereinkommen. Damit Frauen selbst bestimmt ihr Leben gestalten können, müssen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden. So wird die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit mit der zeitlichen Anforderung, die das Leben mit Kindern stellt, erst erreicht sein, wenn in den Städten wie im ländlichen Raum ausreichend Kinderbetreuungsplätze und ein umfassendes Ganztagsschulangebot bestehen. Davon sind wir in Baden-Württemberg weit entfernt.“

Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro, damit die Menschen wieder von ihrer Arbeit leben können. Der Schutz vor Lohndumping im Niedriglohnbereich, käme insbesondere Frauen zugute, die hier vorwiegend beschäftigt sind. Auch von unserem Grünen Progressiv-Modell, das die Sozialbeiträge für Geringverdiener senkt und erst ab 2000 Euro voll greift, würden gerade Frauen profitieren. Der Hartz-IV-Satz muss auf 420 Euro erhöht werden.

Damit wäre vielen Frauen geholfen, deren Rückkehr in den Arbeitsmarkt sich wegen der mangelnden gesellschaftlichen Unterstützung bei der Betreuung von Kindern verzögert. Die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung geht gegenwärtig genau in die entgegen gesetzte Richtung: Für Steuergeschenke dürfen die Kommunen bluten. Sie werden die Nutzung von Turnhallen, Schwimmbäder und Bibliotheken einschränken, teurer machen oder sogar schließen müssen. Ob die Kommunen den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab 2013 realisieren werden, ist deshalb offen – wieder einmal zum Nachteil der eigenständigen Existenzsicherung von Frauen.“